

**Autor:** Von Ralf Müller  
**Seite:** 5 bis 5

**Ressort:** Politik  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

## SPD und Grüne drücken aufs Impftempo

Opposition im Landtag fordert von bayerischer Staatsregierung bessere Organisation

**München.** Die SPD im bayerischen Landtag ist unzufrieden mit der Umsetzung der Corona-Impfstrategie im Freistaat. Selbst wenn pro Tag bei ausreichendem Impfstoff-Nachschub mehr als 30 000 Menschen geimpft werden sollten, wie von der Staatsregierung angekündigt, sei dies zu langsam, sagte die gesundheitspolitische Sprecherin Ruth Waldmann zu Beginn der dreitägigen Winterklausur ihrer Fraktion am Dienstag in München. Um bei der Durchimpfung der Bevölkerung schneller voranzukommen, schlägt Waldmann vor, die Bürger schon vor dem Impftermin schriftlich ausführlich über den Vorgang zu informieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich bei weiteren Fragen an den Hausarzt zu wenden. Außerdem sollte den Menschen gleich der vor der Impfung auszufüllende Fragebogen mitgeschickt werden. Wenn man schneller vorankommen wolle, dürfe man die aufklärenden Impfgespräche oder gar die Überzeugungsarbeit nicht auf den Impftermin legen, meinte Waldmann: „Das kann man alles schon vorher machen.“

### Grüne sehen Probleme bei Impfterminvergabe

Für zu riskant hält Waldmann, dass der bayerischen Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) die Dosen für die zweite Impfung nicht zurückzuhalten,

sondern auf Nachlieferungen zu vertrauen. „Es ist gefährlich, nur eine Dosis zu verabreichen und auf die zweite zu hoffen“, sagte Waldmann. Es sei „das falsche Signal, Abstriche bei der Sicherheit zu machen“. Eine zweite Impfung sei unabdingbar, um den Schutz zu erhalten. In einem offenen Brief an Gesundheitsminister Holetschek und Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner (CSU) weisen die Grünen-Landtagsabgeordneten Andreas Krahl, Christina Haubrich und Kerstin Celina auf Probleme bei der Impfterminvergabe hin und fordern rasche Abhilfe. Täglich beklagten Betroffene, dass sie sich zu einem Impftermin nicht hätten anmelden können, tragen die Parlamentarier vor. Die Probleme reichten von fehlenden Mail-Adressen Hochbetagter über Sprachbarrieren bis zu ständig belegten Telefonanschlüssen. Ältere müssten sich auch über eine Vertrauensperson anmelden können. Außerdem müssten die Telefonkapazitäten ausgeweitet und das Anmeldeportal mehrsprachig ausgelegt sein, fordern die Grünen.

### „Hygienesiegel“ soll bei Wiederöffnung helfen

Zu Beginn der Fraktionsklausur der Landtags-SPD bekundete ihr Vorsitzender Horst Arnold sein grundsätzliches Einverständnis mit der erwarteten Fortsetzung der Anti-Corona-Maßnahmen bis

Mitte Februar. Die Maßnahmen müssten allerdings ständig auf ihre Geeignetheit und Verhältnismäßigkeit hin hinterfragt werden.

SPD-Landtagsabgeordnete hatten vergangene Woche einen Normenkontrollantrag gegen die in Bayern geltende Vorschrift eingereicht, wonach sich Bürger aus Städten und Kreisen mit hohen Corona-Inzidenzzahlen nur 15 Kilometer weit von ihrem Heimatort entfernen dürfen. Diese Regelung, bekräftigte Arnold, führe nicht zu weniger Kontakten, sondern zur Konzentration von Freizeitaktivitäten auf engem Raum.

Bei der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie gehen die Sozialdemokraten vom Grundsatz aus, dass „breite Schultern mehr tragen“ (Arnold). Wenn der Freistaat Betriebe unterstütze, müsse damit auch ein sozialer Zweck verbunden sein. Es dürften keine Unternehmen gefördert werden, die danach Massenentlassungen vornehmen, sagte der SPD-Fraktionschef. Bei den Corona-Hilfen kümmere sich die bayerische Regierung immer noch zu wenig um das Dunkelfeld. Dazu rechnete Arnold die Kulturszene und den Einzelhandel. Für die seit Mitte Dezember geschlossenen Läden schlug er ein „Hygienesiegel“ vor, welches die Wiederöffnung beschleunigen könnte.

**Urheberinformation:** Alle Rechte vorbehalten - Zeitungsgruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung